

Nachrichten aus Brüssel

Weniger gesundheitliche Ungleichheiten

Die Europäische Kommission will die gesundheitlichen Ungleichheiten innerhalb der EU beseitigen. Beim Vergleich der Mitgliedsstaaten gäbe es ein deutliches soziales Gefälle im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheitszustand: Menschen mit einem niedrigeren Bildungsgrad sowie einem niedrigeren Einkommen sterben oder erkranken früher. Im Rahmen einer Konsultation bestand bis zum 1. April die Möglichkeit, Fragen zu den Ursachen von Ungleichheiten zu beantworten und auf konkret denkbare Maßnahmen der EU einzugehen. Indirekt wird damit wieder einmal die Kompetenzerweiterung der europäischen Institutionen angesprochen, etwa wenn es darum geht, „Koordinierungs- und Überwachungsfunktionen“ zu verbessern. Eine der gestellten Fragen lautete beispielsweise: Sollte es auf EU-Ebene ein gemeinsames Engagement zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten geben, beispielsweise durch Verpflichtung auf gemeinsame Etappenziele und Zielvorgaben für die Verringerung? Dabei lockt die Kommission mit Mitteln aus dem Strukturfonds.

Patientenschutz-Richtlinie im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament berät derzeit Kompromissanträge zur sogenannten Patientenschutz-Richtlinie, die im vergangenen Jahr von der Kommission vorgelegt worden war, um den Rahmen für Auslandsbehandlungen zu beschreiben. Dabei ist die Tendenz unverkennbar, Gesundheitsleistungen stärker zu regulieren und insbesondere den Leistungsträgern neue Aufgaben zu übertragen. So soll nach den Vorstellungen des federführenden Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die Informationspflicht der Gesundheitsberufe ausgeweitet werden. Dazu sollen unter anderem Angaben zu Qualitätsstandards und Leitlinien, zu Preisen und Ergebnisqualität zählen. Fraglich ist, ob das Parlament noch in dieser Wahlperiode über die Richtlinie entscheidet. Fraglich erscheint auch, ob die Richtlinie dem Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit noch entspricht, die nach den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes auch im Gesundheitsbereich gilt.

Psychische Gesundheit in der EU

Psychische Erkrankungen verursachen Kosten zwischen drei und vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Das Europäische Parlament hat deshalb in einer Entschließung zur psychischen Gesundheit die Mitgliedsstaaten zum Handeln aufgefordert. So sollen die Länder unter anderem Programme zur Prävention von Selbstmord, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende, umsetzen. Außerdem sollen Ärzte und Mitarbeiter von psychiatrischen Diensten in der Prävention und Behandlung depressiver Erkrankungen, dem Erkennen eines Suizidrisikos und dessen Behandlung geschult werden. Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, einen jährlichen Bericht über die internen Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu veröffentlichen. Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament von den Mitgliedsstaaten angemessene Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände und zum Erhalt einer hohen Lebensqualität für ältere Menschen, um auch diese vor psychischen Erkrankungen zu schützen.

Handlungsbedarf bei Krebsfrüherkennung

In den vergangenen Jahren sind nach einem Bericht der EU-Kommission große Fortschritte bei der Krebsfrüherkennung erzielt worden. Gleichzeitig beanstandet sie aber in ihrem Bericht, dass die Mitgliedsstaaten Empfehlungen des Europäischen Rates zur Krebsfrüherkennung noch nicht vollständig umgesetzt haben. Auch in Deutschland sei eine flächendeckende Früherkennung für Gebärmutterhals- und Darmkrebs noch nicht abschließend gelungen. Jährlich finden EU-weit circa 125 Millionen Untersuchungen statt. Dies ist allerdings weniger als die Hälfte der empfohlenen Mindestzahl. Zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten beabsichtigt die Kommission, 2009 eine europäische Partnerschaft zur Krebsbekämpfung ins Leben zu rufen und dabei Akteure aus der gesamten EU zusammenzubringen.